

Wolfgang Bergsdorf

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland

809 Seiten, 50 Euro.

Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2002

In diesen Tagen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Schöningh-Verlag das erste Sach- und Personenlexikon zur Christlichen Demokratie in Deutschland herausgebracht. Mehr als zweihundert ausgewiesene Autoren haben in sechshundert Beiträgen ein herausragendes Nachschlagewerk geschaffen, das gerade zur rechten Zeit erscheint.

In einer Zeit, in der alles gleich gültig erscheint, bietet dieses Lexikon Orientierung. Herausgegeben von den herausragenden Sachkennern Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel, Rudolf Morsey und Hans Otto Kleinmann, beginnt das Werk mit einem ausführlichen historischen Überblick über die Entwicklung der Christlichen Demokratie von 1870 bis 2000. Dabei werden weit über

Deutschland hinaus die geistigen Ursprünge und Zusammenhänge verdeutlicht. Ein ebenso gelungener biografischer Teil würdigt die politischen Lebensläufe von christlich inspirierten Politikern, unter anderen von Ludwig Windthorst, Heinrich Brüning, Konrad Adenauer, Helmut Kohl bis hin zum gerade verstorbenen Alfred Dregger. Der Sachteil des Lexikons bietet gründliche Informationen über Geschichte und Organisation der Christlichen Demokratie und zu den historischen und aktuellen Sach- und Grundsatzfragen: von der Altersversorgung über Gentechnik bis zur Wiedergutmachung. Der Anhang dokumentiert Wahlergebnisse und Regierungsbildungen auf Reichs-, Bundes- und Landesebene von 1871 bis 2002.

Dieses Lexikon macht mit unüberbietbarer Klarheit deutlich, dass die Christliche Demokratie keine wie auch immer geartete Alternative zur pluralistischen Demokratie bildet. Vielmehr gründet

„Christliche Demokratie“ auf dem Personalismus, der „jedem Menschen eine unverwechselbare Individualität und Würde zuerkennt und zu einer aktiven, Gesellschaft und Politik einbeziehenden Gestaltung des Lebens“ auffordert (Winfried Becker). „Christliche Demokratie“ meint die Anstrengungen von christlich motivierten Menschen, sich zu Parteien zusammenzuschließen, um ihre vom Christentum geprägten Positionen in den demokratischen Prozess einzubringen.

Christlich-demokratische Parteien entwickelten sich in Kontinentaleuropa durchweg aus konfessionellen, zumeist – aber nicht nur – katholischen Bewegungen. Sie waren zumeist schon im neunzehnten Jahrhundert entstanden als Reaktion auf laizistische oder antiklerikale Tendenzen des modernen Staates. Später wurden daraus – vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – interkonfessionelle christliche Parteien. Sie entwi-

ckelten in der Auseinandersetzung mit Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus ein eigenes Projekt, ein modernes Programm und ein unverwechselbares Profil. Dadurch befähigten sie sich, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie erleichterten so die Versöhnung der Kirchen und ihrer Anhänger mit dem modernen Staat.

Die Christliche Demokratie basiert auf einer Idee, einer politischen Philosophie und einer Vorstellung von der Art, wie Politik gestaltet werden soll. Die Idee ist das christliche Menschenbild, nach dem der Mensch sich vor Gott für sein Tun und Lassen zu verantworten hat und politisch der Gemeinschaft verantwortlich ist. Weil der Mensch zur Freiheit verurteilt ist, hat er „die Entscheidung zwischen Gut und Böse zu treffen“ (Alois Baumgärtner), zwischen Richtigem und Falschem. Eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik ist immer antitotalitär, weil sie

sich der möglichen Fehlerhaftigkeit des menschlichen Handelns bewusst ist. Die Idee des möglichen Irrtums ist der Kompass der Christlichen Demokratie.

Deshalb stehen nicht die Interessen einzelner Klassen oder gesellschaftlicher Gruppen im Vordergrund, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Dies erlaubt es den christlich-demokratischen Parteien, sich als Volksparteien zu bezeichnen, die „nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen fixiert“ sind (Karl Schmitt). Als Volksparteien bemühen sie sich um die Integration unterschiedlichster Interessen durch die Bemühungen um Konsens. Die Konsensbildung, also die ständige Anstrengung nach Ausgleich und Verständigung unterschiedlicher und widersprüchlicher Interessen, ist deshalb ein grundlegendes Element des christlich-demokratischen Politikverständnisses.

Solidarität und Subsidiarität sind komplementäre

Prinzipien, basierend auf der katholischen Soziallehre und weiterentwickelt durch die Programmatik und Praxis der Christlichen Demokratie.

Subsidiarität heißt, dass die politischen Probleme auf der Ebene gelöst werden sollen, auf der sie entstehen oder am wirksamsten bekämpft werden können. Subsidiarität ist „eine Richtlinie zur Wahrung der Allgemeinheit und Erhaltung freier Initiative“ (Karl Georg Michel). Solidarität ist das komplementäre Prinzip, das denjenigen Hilfe anbietet, die sich nicht selbst helfen können. „Solidarität widerstrebt dem Egoismus Einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen“ (Karl Georg Michel). Solidarität wird im nationalen wie im internationalen Kontext von den Christlichen Demokraten gefordert und gefördert. Der Sozialstaat wie die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt verdankt diesem Prinzip unablässige Impulse.

Zur Antifaschismus-Thematik wird Anfang August 2002 folgender Titel erscheinen:

Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.): **Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken;** herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Freiburg/Brsq.: Herder Verlag, 2002. 448 Seiten; ISBN 3-451-28017-5; Ladenpreis ca. 18 Euro.

Ziel des Buches ist es, Missbrauch und Instrumentalisierung des Antifaschismus-Begriffes durch die kommunistische Ideologie zu zeigen. Dabei wird insbesondere auf den „Antifaschismus“ in der DDR, in der westdeutschen Linken und bei der PDS eingegangen. (Zum Thema in dieser Ausgabe: Manfred Funke, Seite 64 ff.)